

Malmédy-St. Vith'er Volks-Zeitung



Erscheint Mittwochs und Samstags.

Bezugspreis:

durch die Post, unsere Boten oder in der Exped. abgeholt
vierteljährlich 4,00 Fr.

Anzeigen kosten die 6gespaltene Petitzeile (45 mm)
25 Cts., Reklamen (90 mm) 1,00 Fr.;

Bei größeren Abchlüssen Rabatt. Grundchrift: Garmond.
Redaktion, Druck und Verlag
von Hermann Doepgen, St. Vith (Eifel) Nr. 21

Einziges deutsches Organ des Distriktes Malmédy für die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen
Nr. 57 55. Jahrgang Samstags-Ausgabe St. Vith, 17. Juli 1920

Die Verhandlungen in Spa.

Kohlenfrage und Wiedergutmachung.

Spa, 12. Juli.

Heute nachmittag 1/4 Uhr traten die Häupter der auf der Konferenz vertretenen Regierungen zu einer Besprechung zusammen, an der deutscherseits Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Dr. Simons teilnahmen. Zunächst wurde die Frage der Kohlenlieferungen erneut behandelt. Die alliierten Regierungen teilten mit, daß sie nach eingehender Prüfung zu dem Beschluß gekommen seien, daß es grundsätzlich bei der im Friedensvertrag vorgesehenen Festsetzung der deutschen Kohlenlieferungen verbleiben müsse, daß aber die Wiedergutmachungskommission die auf monatlich 2 1/2 Millionen Tonnen festgesetzte Kohlenlieferung angesichts der deutscherseits dagegen erhobenen Bedenken für die nächsten sechs Monate versuchsweise auf 2 Millionen Tonnen herabgesetzt habe.

Reichsminister Dr. Simons erklärte darauf nach Rücksprache mit den deutschen Sachverständigen, daß der deutschen Regierung ein Versprechen, monatlich 2 Millionen Tonnen zu liefern, unmöglich sei. Zurzeit könnten nur 1 bis 1,1 Millionen Tonnen monatlich geliefert werden. Es sei aber eher zu fürchten, daß die Erzeugung immer mehr zurückgehen werde und die Belegschaft bei mangelhafter Ernährung immer unwilliger werde. Ueberfächigen zu verfahren. Wenn die Lebensmittelversorgung sich bessere, so werde sich die Erzeugung innerhalb weniger Wochen so steigern lassen, daß den Alliierten etwa 300 000 Tonnen im Monat mehr zugefagt werden könne. Eine weitere Hebung um 3 bis 400 000 Tonnen werde durch die Ansiedelung neuer Bergarbeiter möglich sein, aber erst im Laufe einer größeren Zahl von Monaten bis zu einem Jahre, so daß die Lieferung dann auf 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen monatlich erhöht werden würde. Sofern ein Abkommen auf dieser Grundlage nicht möglich sein sollte, schlage die deutsche Regierung vor, die Festsetzung der zu liefernden Menge der Wiedergutmachungskommission zu überlassen, die alsdann aber verantwortlich für die Folgen sein und die Sorge für die Durchführung ihrer Beschlüsse tragen müsse.

Die alliierten Regierungsvertreter erklärten in der Besprechung nochmals, daß es bei dem gemeldeten Beschluß kein Bedenken haben müsse, sofern nicht die deutschen Vertreter nochmals ihren Beschluß in Erwägung ziehen sollten, was Lloyd George dringend empfahl.

Reichsminister Simons versprach, entgültig Antwort zu geben.

Alsdann wurde in die Besprechung der allgemeinen Wiedergutmachungsfragen eingetreten. Die alliierten Regierungen machten den Vorschlag, zur Prüfung des gesamten Komplexes der von Deutschland gemachten Vorschläge eine gemischte Kommission einzusetzen, die aus den zuständigen Ministern der alliierten Staaten, ferner aus den Botschaftern Frankreichs und Großbritanniens in Berlin und den Vizepräsidenten die Wiederan-

nahmskommission für die einzelnen Punkte bestehen sollte. Die deutschen Delegierten stimmten diesem Vorschlag zu und überreichten im Anschluß daran ein Exposé des Ernährungsministers, in dem vorgeschlagen wird, auch für die Ernährungsfrage einen besonderen Ausschuß einzusetzen. Die Sitzung wurde gegen 6 Uhr geschlossen und eine neue Sitzung der Regierungshäupter auf morgen 1/2 5 Uhr angesetzt. Die gemischte Kommission tritt morgen vormittag 11 Uhr zum ersten Male zusammen.

Ein Vorschlag der Alliierten.

Die Alliierten haben Frankreich einen Vorschlag gemacht, der Frankreich dazu bestimmen soll, entgegenzukommen und die Kohlenförderung an Deutschland von 2 700 000 Tonnen auf 1 800 000 Tonnen zu ermäßigen. Herr Hugo Stinnes wurde heute als deutscher Sachverständiger von der Kohlenkommission gehört. Er sprach ruhig und machte sehr bestimmte Angaben.

1,2 Millionen Tonnen.

Spa, 11. Juli. Nach Havas schlug in der heutigen Vormittagsitzung bei Beratung der Kohlenfachverständigen Dr. Simons vor, den Alliierten das Prioritätsrecht auf 1,2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich statt, wie im Wiedergutmachungsprogramm der Alliierten vorgesehen, 2,5 Millionen zuzuerkennen. Die Sitzung dauerte bis 1 Uhr nachmittags.

Spa, 12. Juli. Der Gegenworschlag der deutschen Sachverständigen auf die alliierten Forderungen in der Kohlenfrage lautet:

Unter der Voraussetzung, daß die bisherige Teilförderung im Durchschnitt pro Arbeitstag erhalten bleibt und daß diese Teilförderung in der Höhe derjenigen des Monats Mai 1920 zur Verfügung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung in Deutschland bleibt, bieten wir den alliierten Mächten eine Menge von 40 000 Tonnen im Durchschnitt pro Arbeitstag zur bevorrechteten Lieferung an. Deutschlands Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand werden bei dieser Produktion und dieser Lieferung an die Entente unter der Annahme, daß gegenüber 1913 kein wesentlicher Mehrbedarf eingetreten ist, nur mit rund 58 Proz. des Verbrauchs von 1913 beliefert. Bei Berechnung dieses Progentages ist der Mehrverbrauch infolge der starken Qualitätsverschlechterung der Kohle nicht berücksichtigt worden. Wir bitten die Wiedergutmachungskommission zu veranlassen, den entsprechenden Entschluß zu fassen.

Es ist unmöglich, ein starres Programm für die Kohlenverteilung im Innern aufzustellen und einzuhalten, zumal zeitweilige Umstände und die Transportverhältnisse fortgesetzt und in nicht vorher zu überblickender Weise diese Verteilung beeinflussen. Solche Umstände sind z. B. Hochwasser oder Wassermangel des Rheines oder der Oder, Frühdruck, Zuckerkampagne, Kartoffeltransporte. Die Verteilung des Reichskommissars muß beweglich sein, um den ständig wachsenden Anforderungen des Tages, wie sie allein für die rund 38 000 industriellen Betriebe in Deutschland auftreten, gerecht werden zu können.

Zu Punkt 4 erübrigt sich eine Neußerung der Sachverständigen. Wir beabsichtigen, 50 000 Bergleute jährlich neu einzustellen und für sie die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Wir erwarten hiervon eine Mehrförderung von 0,7 Tonnen pro Mann und Tag. Von der Mehrförderung,

die über dem arbeitstäglichen Durchschnitt im Monat Mai 1920 rund 440 000 Tonnen auf 23 Arbeitstage erreicht, erhalten die alliierten Mächte für das erste Jahr 25 Prozent, während die restliche Menge zur freien Verfügung Deutschlands verbleiben muß.

Ueber die näheren Modalitäten, die zur Steigerung der Förderung zu ergreifen sind und über die zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergleute aufzubringenden Mittel bleibt die Entscheidung einer besonderen Konferenz in Essen unter Heranziehung der Gewerkschaften vorbehalten. Auch muß über den aus wirtschaftlichen Gründen erforderlichen Preisunterschied zwischen Ruhrkohle und Saarkohle beraten werden.

Eine Erklärung Dr. Simons.

Minister Dr. Simons erklärte einem Zeitungsvertreter in Spa, die Entscheidung der Alliierten in der Demobilisierungsfrage sei unausführbar; die Zukunft werde das beweisen. Ohne Gewalt könne Deutschland nicht demobilisieren. Deutschland werde den Versuch machen, seine Verpflichtungen zu erfüllen; aber es sei schon jetzt absolut sicher, daß dies unmöglich sein werde. Der Minister erklärte auch, daß er mit dem Verlauf der Konferenz deshalb zufrieden sei, weil bereits vier große Kommissionen eingesetzt seien. Die Besetzung des linken Rheinufers sei kassibel. Weiter sei Schesien für Deutschland unerläßlicher Besitz, wenn die Kohlen, die verlangt würden, den Alliierten geliefert werden sollten. Außerdem verhinere die Wegnahme der Kolonien die ausreichende Ernährung Deutschlands. Diese drei Punkte verringerten die deutsche Finanzkraft.

Stinnes Rede.

Die von einer Nachrichten-Agentur verbreitete Meldung, daß der Reichskanzler oder Reichsminister Simons an den Generalsekretär der Konferenz oder an ein anderes Mitglied der Konferenz ein Schreiben gerichtet habe in dem er sich wegen der Rede des Herrn Stinnes in der Sitzung vom Samstag morgen entschuldigt hätte, ist unrichtig. Es hat Reichsminister Simons gelegentlich eines Gesprächs mit dem Generalsekretär der Konferenz auf dessen Frage wiederholt, was er schon vor der Rede des Herrn Stinnes in der Konferenz erklärt habe, nämlich, daß diese Rede nicht mit ihm verabredet sei und daß er deshalb für ihre Form keinerlei Verantwortung trage.

Berlin. Nach einem Bericht des „B. Z.“ aus Spa set Lloyd George an der Ruhr erkrankt, was mit das schlechte Trinkwasser in Spa zurückgeführt werde.

Otto Hue.

Der Bergarbeiterführer Otto Hue, den am Samstag Lloyd George wegen seiner „horrenden Rede“ in der Kohlenfrage vor der Konferenz in Spa bedauert hat, ist Gewerkschaftsbeamter mit dem Wohnsitz in Essen. In Erscheinung und Wesen ein echter Westfale, hat Hue mit eisernem Fleiß und ungewöhnlicher Begabung sich vom einfachen Arbeiter zu einem der kenntnisreichsten und auch einflussreichsten deutschen Arbeiterführer emporgearbeitet. Zuerst war er als Schlosser tätig, auch bei Krupp in Essen. Nach den damals üblichen Wanderjahren als Handwerksbursche trat er vor etwa 25 Jahren in die Redaktion der damaligen „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ in Bochum, der heutigen „Deutschen Bergarbeiterzeitung“, ein. Auf seinen Reisen in Oesterreich, Belgien, Frankreich und England erweiterte er sein Fachwissen. Die ganze Energie, die diesen deutschen Arbeiter immer ausgezeichnet hat, spiegelt sich wieder in seinem zweibändigen Werk der Bergarbeitergeschichte, einer historischen Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. Gewerkschaftlich und va-

Die wahre Liebe opfert sich.

Roman von Erich Friesen.

40 (Nachdruck verboten.)

Zwar hatte sich Hans-Joachim noch ganz gut der sanften, freundlichen Dame erinnert, die die Mutter öfters besuchte kam. Auch des kleinen, kaum zweijährigen munteren Mädchens, mit den großen braunen Augen, das sie nie und da einmal mitbrachte und das der weit ältere Knabe behandelte wie eine zerbrechliche Puppe. Aber niemals wieder hatte er später an die beiden gedacht. Bis er einmal durch Zufall in der Harmonie durch einen Backisch, der dieselben großen, sammetweichen Braunaugen hatte, an die kleine lebendige Puppe von damals erinnert worden war.

Da war auch schon eine grauhaarige Dame auf ihn zugekommen und hatte ihn bewegt gefragt, ob er nicht Hans-Joachim v. Tressow, der Sohn ihrer liebsten Jugendfreundin sei; er ähnelte ihr so sehr. Und als er verwundert bejahte, hatte die Dame ihm mit tränensüßigen Augen die Hand gedrückt und jenes braunwichtige, halbwincklige Mädel herangerufen, das ihm vorher schon aufgefallen war.

Sie saßen zusammen an jenem Abend in der Philharmonie, und beim Abschied forderte die freundliche Dame ihn auf, einmal in ihrer beschiedenen Häuslichkeit in Beldendorff vorzusprechen, wenn es seine Zeit erlaube; sie möchte so gern recht viel hören von ihrer geliebten Freundin, wie es ihr ergangen war in ihrer zweiten Ehe, was er, der Sohn, getrieben und anderes mehr.

Hans-Joachim war der Einladung gefolgt. Sehr mittelam freitlich war er nicht gewesen. Aber die feine Dame mit dem grauen Wellenschittel und den noch immer schönen Augen, der munteren, herztigen Backisch und

die ganze schlichte Einfachheit des Hauses zogen ihn an, so daß er öfter kam, als er eigentlich wollte.

Daß die brave Witwe auf seine häufigen Besuche Hoffnungen für die Zukunft ihrer Tochter aufbauen konnte, kam ihm gar nicht in den Sinn. Er hatte sich so mit der Aufgabe vertraut gemacht, daß er gebunden war fürs Leben, hegte zudem noch immer die stille Hoffnung, doch noch einmal die Spur seiner geliebten Ruth aufzufinden, daß er gar nicht mehr daran dachte, irgend jemand könnte ihn für eine begehrenswerte Partie halten.

Bei seinem letzten Besuch „in der Villa Tuskulum“ vor acht Tagen hatte ihm nun die Frau Major mitgeteilt, daß in der nächsten Woche ihr so schmerzlich entbehrt Sohn aus der Schweiz zurückkehren werde. Und da Hans-Joachim den Knaben noch gar nicht kannte, aus Frau v. Soltans Erzählungen aber wußte, mit welcher rührender Zärtlichkeit Mutter und Sohn aneinander hingen, so beschloß er, heute abend schon Günsters Bekanntschaft zu machen.

Und wie stets, wurde er auch diesmal, besonders von der lustigen Tochter des Hauses, aufs herzlichste willkommen geheißen.

Gegen Abend war es. Die Sonne hatte ihren letzten Glanz verpries. Und und lau wehte ein leichter Wind über Wiesen und Felder daher, vermischt mit dem wirrigen Duft des nahen Pieserwaldes.

Friedliche Abendstimmung.

Hans-Joachim, Fritz Landvogt, die brave Frau Major und ihr glücklich heimgekehrter Junge saßen in der kleinen, von wildem Wein umrankten Laube traulich beisammen und ließen sich von Günstler über das St. Elisabeth-Sanatorium berichten, während Elly wie ein Irrenwisch hin und her segte. Mit Hülfe des halbwinckigen Dienstmädchens schmorte und brät sie in der Küche ein kleines Festessen zurecht, worauf sie sehr stolz war.

Alle zwei Minuten tauchte ihr erhitztes Gesichtchen zwischen dem wilden Weinlaub auf — jedesmal um eine Schattierung röter.

„Sie baden herrlich im Dsen!“ rief sie lachend, und ihre Zähne blühten zwischen den roten Lippen hervor. „Die Pasteten nämlich! Zart wie Butter sind sie, sag ich euch. Sinnlich geradezu! Das Wasser läuft mir schon im Munde zusammen vor Appetit. Haben Sie schon mal so rechten Appetit auf irgend etwas gehabt, Herr von Tressow? Ich meine, solchen Appetit, daß Sie es kaum mehr aushalten könnten?“

„Ich wüßte nicht —“ lächelte Hans-Joachim amüßert.

„Das macht, weil Sie von Jugend auf so vollgestopft sind mit guten Sachen!“ meinte Elly mit humoristischem Pathos. „Wir armen Leute haben's darit besser. Wir leben uns alle zehn Finger nach was Besonderem, wie es zum Beispiel heiße Fleischpasteten sind!“

„Elly! Elly!“ rief die Frau Major indigniert dazwischen.

Aber ihr Fräulein Tochter ließ sich durch die mitleidlichen Mahnungen nicht beirren.

„Ich hab' doch recht, Mamachen! Warum soll man nicht die Wahrheit sagen? Ich würde gar nicht in der Küche stehen und die verkühten Dinger baden — du weißt, ich haße das Kochen und Braten — wenn du nicht heute den ganzen ersten Abend deinen Goldsohn genießen solltest. Da opfere ich mich. — Großartig, was?“

Und wie der Wind war sie wieder ins Haus gehuscht. Als alle bald darauf um den zierlichen gedeckten Tisch in dem kleinen Wohnzimmer saßen, war die Stimmung eine überaus fröhliche und angeregt. Den Fleischpasteten wurde die gebührende Anerkennung gezollt und auch den übrigen einfacheren Gerichten.

(Fortsetzung folgt.)

... sich hier immer gleichgeblieben. Seine Anschauungen und Grundzüge waren immer dieselben, wie sie jetzt in seiner Rede in Spa zu lesen sind. Er trat immer und überall für einen Zusammenschluß der Bergarbeiter aller Richtungen und aller Länder ein, und in seiner Bekämpfung der ganz kapitalistischen und in Zukunft gefährlichen. Schon lange hat Hues Wort ein sehr aufmerksames Ohr in den Arbeitervereinen und in der breiten Öffentlichkeit gefunden.

Englisch-amerikanischer Zwischenfall.

Der Korrespondent des „Intransigent“ in Spa meldet von einem englisch-amerikanischen Zwischenfall: Lloyd George sagte zu einem amerikanischen Journalisten auf die Frage, warum man in der Frage der Wiedergutmachungen nachgeben wolle, die Amerikaner seien daran schuld, daß sich die Alliierten in einer schlechten Lage befinden. Das sei nach Amerika gelabelt worden. Lloyd George, der bei dem Banquet der englisch-amerikanischen Presse den Vorsitz führen sollte, sei nicht erschienen. In Spa werde allgemein von diesem Zwischenfall gesprochen.

Die Einmarsch-Klausel.

Eine amtliche Feststellung.

Von französischer Seite wird verbreitet, daß Deutschland durch die am 9. Juli erfolgte Unterzeichnung des Protokolls über die Entwaffnung sich der von den alliierten Mächten angeordneten Besetzung weiterer deutscher Gebiete, insbesondere des Ruhrgebiets ausdrücklich unterworfen habe. Die deutsche Delegation erklärt diese Auffassung für völlig unbegründet und den Tatsachen widersprechend. Die deutsch-französische am Schluß des Protokolls abgegebene Erklärung besagt lediglich, daß die deutsche Regierung von der Entscheidung der alliierten Mächte Kenntnis nimmt und daß sie die Bestimmungen, soweit sie Deutschland betreffen, d. h. ihre positiven Leistungen ausüben, ehrlich erfüllen werde. Außerdem erklärte der Reichsminister Simons vor Unterzeichnung des Protokolls in einer Sitzung der Konferenz ausdrücklich, daß die deutsche Delegation ihre Zustimmung zu der angeordneten Besetzung weiterer deutscher Gebiete nicht geben könnte, worauf der britische Premierminister Lloyd George erwiderte, daß eine derartige Zustimmung die Anerkennung seitens der deutschen Delegation widererfordere, sei noch auch von ihnen erwartet werde, weil sich ihre Zustimmung lediglich auf die Alliierten ausbeziehe. Der Reichsminister Simons vor Unterzeichnung des Protokolls in einer Sitzung der Konferenz ausdrücklich, daß die deutsche Delegation ihre Zustimmung zu der angeordneten Besetzung weiterer deutscher Gebiete nicht geben könnte, worauf der britische Premierminister Lloyd George erwiderte, daß eine derartige Zustimmung die Anerkennung seitens der deutschen Delegation widererfordere, sei noch auch von ihnen erwartet werde, weil sich ihre Zustimmung lediglich auf die Alliierten ausbeziehe. Der Reichsminister Simons vor Unterzeichnung des Protokolls in einer Sitzung der Konferenz ausdrücklich, daß die deutsche Delegation ihre Zustimmung zu der angeordneten Besetzung weiterer deutscher Gebiete nicht geben könnte, worauf der britische Premierminister Lloyd George erwiderte, daß eine derartige Zustimmung die Anerkennung seitens der deutschen Delegation widererfordere, sei noch auch von ihnen erwartet werde, weil sich ihre Zustimmung lediglich auf die Alliierten ausbeziehe.

Wenn in dem offiziellen Communiqué über die Sitzung vom 9. Juli weiter gesagt wird, der britische Premierminister habe bemerkt, daß Deutschland bereits im Protokoll vom 10. Januar 1920 seine Zustimmung zur Besetzung weiterer deutscher Gebiete gegeben habe, so ist hierzu folgendes festzustellen: Der Reichskanzler hat sich mit dieser letzten Bemerkung Lloyd Georges in keiner Weise einverstanden erklärt, sondern hat vielmehr genau den gleichen Standpunkt eingenommen den Reichsminister Dr. Simons vertrat. Der Schlusssatz des Protokolls vom 10. Januar 1920 gab den Alliierten nur das Recht, bis zum Eintritt des Friedenszustandes wegen bestimmter bezeichneter Waffenstillstandsverletzungen militärisch einzuschreiten. Diese Einschränkung, welche den Passus völlig bedeutungslos machte, da der Friedenszustand unmittelbar nach der Zeichnung des Protokolls durch die Ratifikation eintrat, ist in dem vorhergehenden Notentwurf namens der Alliierten von Clemenceau schriftlich anerkannt worden. Die Alliierten können sich also auf dieses Protokoll nicht berufen.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Berlin, 12. Juli.

Vorläufiges Abstimmungsergebnis: Westpreußen 99 316 abgegebene Stimmen, davon 91 634 deutsch, 7 682 polnisch; demnach 92 Prozent deutsch. Ostpreußen 361 063 abgegebene Stimmen. Davon deutsch 353 655, polnisch 7 408, also 97,9 Prozent deutsch.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen, die ohne jeden Zwischenfall verlaufen ist, hat einen über alles Erwarteten günstigen Erfolg für das Deutschtum gebracht. Wenn man die noch ausstehenden Ortschaften in Ostpreußen hinzuzählt, wird man im horigen Abstimmungsgebiet mit 98,2 Prozent deutschen Stimmen rechnen dürfen. In Westpreußen werden es 92 Prozent sein, wobei man zu berücksichtigen hat, daß das deutsch-polnische Verhältnis dieses Abstimmungsgebietes wie 48:42 steht. Hieraus ergibt sich also, daß ein sehr großer Teil der polnisch sprechenden Bevölkerung für Deutschland gestimmt hat. So ist z. B. in Groß-Warlich, dem Besitz des Grafen Sitakowsky, des polnischen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission und eifrigen Vorkämpfers für die Polen, sogar eine geringe Mehrheit erzielt worden. Im Kreise Stolp, der am meisten bedroht schien, sind 18 298 deutsche und nur 4919 polnische Stimmen gezählt worden. Einige Ortschaften mit polnischer Mehrheit haben nur eine ganz geringe Einwohnerzahl und reichen nicht an die Weichsel heran. Die Weichselüberquerung selbst hat geschlossen deutsch gestimmt. Dies erfreuliche Ergebnis ist der freudigen Wahlbereitschaft der Abstimmungsberechtigten, den Bemühungen des deutschen Schutzbundes und der opferfreudigen Tätigkeit der Leiter, Abstimmungsleiter Gahl für Ostpreußen und des Grafen Baudissin für Westpreußen, zuzuschreiben.

Dank der Regierung.

Der Reichskanzler sandte aus Spa nachstehendes Telegramm an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen:

Das Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen ist ein heller Lichtblick in schwerer und ernster Zeit. Deutsche Treue konnte sich in diesen Tagen nicht überzeugender beweisen. Ich bitte Sie, der Bevölkerung der deutschen Ostmark, die so erheben für das alte Vaterland Zeugnis ablegte, den allerherzlichsten Dank der Reichsregierung zum Ausdruck bringen zu wollen.

Die preussische Staatsregierung erhielt folgende Kundgebung an den Oberpräsidenten in Königsberg i. Pr., den Staatskommissar Frhrn. v. Gahl in Allenstein und den Staatskommissar Graf Baudissin in Marienwerder:

Den Mitbürgern in den ostpreussischen und westpreussischen Abstimmungsgebieten und besonders noch denen in Ermland und Masurien, die ihrer Treue zum preussischen und deutschen Vaterlande so überwältigenden Ausdruck verliehen haben, sagt die preussische Staatsregierung ihren wärmsten Dank. Wir wußten daß die Bewohner des Landes, das dem ganzen Staate den Namen gab, die Letzten sein würden, die Preußen im Stich lassen würden. Preussisches Staatsministerium.

Nach der preussischen Staatszeitung sind im Kreis Schar-

44 Prozent der Bevölkerung polnisch, nach dem Wahlergebnis haben nur 20 Prozent für die Polen gestimmt.

Die Kämpfe im Osten.

Der bolschewistische Vormarsch und der fluchtartige Rückzug der Polen geht weiter. In Bobolken weicht der polnische General Romer und die Bolschewiki sind ihm auf den Fersen. In der Mitte ist Minsk von den Bolschewiki besetzt und die Offiziere von Brest-Litowsk liegen unter artilleristischem Feuer der Bolschewiki. Im Norden haben die Bolschewiki ihre Erfolge befestigt und erweitert. Die Polen räumen auch das von ihnen besetzte litauische Gebiet und die litauischen Truppen folgen ihnen. Sie haben die Bahnlinie Dünaburg-Wilna besetzt und stehen nur noch 20 Kilometer vor Wilna, um das zwischen den Polen und Litauern solange ein heftiger Streit tobt hat. Da nicht anzunehmen ist, daß die Bolschewiki an der litauischen Grenze Halt machen werden, so haben die Litauer eine allgemeine Mobilmachung angeordnet, um ihre Unabhängigkeit zu verteidigen.

Friedensverhandlungen?

Die russische Randstaatenkonferenz, an der Vertreter Letlands, Estlands, Sowjetrußlands, Polens, Litauens und der Ukraine teilnehmen, nimmt am 20. Juli in Riga ihren Anfang. Man rechnet mit einer Beteiligung von hundert Vertretern der verschiedensten Staaten. Von Sowjetrußland sollen Joffe und Krassin teilnehmen. Die Konferenz wird sich vor allem durch das Zusammenreffen der Vertreter von Sowjetrußland und von Polen interessant gestalten, und es ist anzunehmen, daß in Riga Friedensverhandlungen zwischen den beiden Staaten aufgenommen werden.

Die Alliierten haben der Sowjetregierung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen vorgeschlagen, und zwar unter der Voraussetzung, daß sich die Polen innerhalb ihrer rechtmäßigen Grenzen zurückziehen. Dem Waffenstillstand würde dann eine Friedenskonferenz aller Randstaaten folgen. Wenn die Sowjetregierung ablehnt, oder wenn sie Polen innerhalb ihrer eigenen Grenzen angreift, so werden die Alliierten Polen volle Unterstützung zuteil werden lassen.

Der „Petit Parisien“ meldet, Grabski habe an General Bilsudki telegraphisch die notwendigen Bedingungen zur Einstellung der Kämpfe und Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen übermittelt. Marschall Koch und der polnische Ministerpräsident besprachen die Maßnahmen, die von den Alliierten getroffen werden sollten, um Polen im Kampfe gegen den Bolschewismus zu unterstützen. Das polnische Hauptquartier soll bessere Nachrichten von der Front erhalten haben, die sich wieder zu festigen scheint.

Wie der „Times“-Korrespondent aus Warschau berichtet, haben die Sozialisten im polnischen Landtag Friedensverhandlungen mit Rußland vorgeschlagen. Tschichowin soll zu einem Friedensschluß mit Polen bereit sein, dagegen verlangen andere bolschewistische Führer, daß zunächst Warschau von den Sowjettruppen befreit werden solle. Nach einer Meldung aus Moskau treibt eine von zwei Volkskommissaren geleitete Aktion im Sinne Lenin und Trozki gegen diesen Friedensschluß und stützt sich dabei auf die lettischen Truppen und auf die 70 000 Chinesen, die sich dem bolschewistischen Heere angeschlossen haben.

Zum Befehlshaber der neuen polnischen Freiwilligenheute ist der General Josef Haller ernannt worden. Der Rückzug der Polen aus dem litauischen Gebiet ist im ununterbrochenen Fortschreiten. Die litauischen Truppen besetzen die geräumten Gebietsstrecken sofort, nachdem sich die Polen daraus zurückgezogen haben. Auch Wilna wird in größter Eile geräumt. Die nachrückenden litauischen Truppen haben sich Wilna auf 18 Kilometer genähert und stehen schon jetzt in Sandborowo.

Der „Petit Parisien“ teilt mit, daß Minsk von den roten Truppen genommen worden ist.

Nach einer Meldung der Litauischen Telegraphenagentur ziehen sich die Polen aus den von ihnen besetzten Gebieten Litauens zurück. Wilna wird geräumt. Die litauischen Truppen sind 12 Kilometer vor Wilna angekommen. Die Russen stehen mit ihren Vorposten in der Nähe von Siewelath.

Die Gesandtschaft der Tschecho-Slowakei in Brüssel veröffentlicht eine Depesche aus Prag, in der es heißt: Die Lage der polnischen Armee scheint verzweifelt. Die polnischen Verwaltungsbehörden räumen Lemberg und flüchten nach Krakau. In Galizien ist die allgemeine Mobilmachung für Männer zwischen 18 und 35 Jahren ohne Rücksicht auf die Nationalität angeordnet worden. Dem Mobilmachungsbefehl wurde dort aber keine Folge geleistet. Teile der polnischen Armee sollen zu den Russen übergegangen sein.

Der Verband greift ein.

Spa, 12. Juli. Wie in der Grenzpresskonferenz mitgeteilt wurde, schließen sich die alliierten Regierungen an die vier Friedenspunkte von Krassin an. Polen soll sofort Frieden erbitten und seine Armeen aus dem russischen Gebiet zurückziehen. Wenn die Russen dann weiter angreifen, werden die Alliiertenarmeen das eigentliche Gebiet Polen verteidigen.

Es wird eine Friedenskonferenz zwischen den Randstaaten, Polen und Rußland nach London einberufen, um die Grenzfestsetzungen im Osten zu treffen.

Der polnische Minister des Auswärtigen, Grabski, empfing heute die Presse und schilderte die Lage Polens in außerordentlich düsterem Licht.

Kein Einfall der Bolschewisten in Deutschland.

Karlsruhe, 12. Juli. Aus Basel wird gemeldet: Daily Herald berichtet aus Moskau, daß die russische Sowjetregierung keine Fortsetzung ihres Vormarsches über die polnische Grenze nach Westen hinaus plane, und daß ein Einfallen der Roten Armee nach Deutschland nicht beabsichtigt sei.

Politische Rundschau.

Rückauf deutscher Schiffe.

In der letzten Zeit verläßt gerüchweise von der Westküste englischer Neederseen, eine größere Zahl der Deutschen als Entgelt für Scapa Flow abgenommenen Schiffe an deutsche Neederseen beziehungsweise an die deutsche Regierung zu verkaufen. Eine Hamburger Meldung der „Berliner Morgenpost“ befragt jetzt diese Gerüchte. Es wird dabei besonders hervorgehoben, daß die Untergang von englischer Seite ausgegangen sei. Der Kaufpreis soll 5 Jahre gestundet werden. Die Forderung, daß die Schiffe die britische Flagge führen müßten, haben die deutschen Neederseen abgelehnt, worauf die Engländer vorschlugen, daß sie eine neutrale Flagge führen sollten.

Abfindung der Hohenzollern.

Der Rechtsausschuß der Preussischen Landesversammlung beriet das Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und dem preussischen Königshause. Von den Unabhängigen wurde beantragt, die ehemals regierenden Fürstenhäuser durch Reichsgesetz zugunsten der Staaten ihres gesamten Vermögens für verlustig zu erklären, während die Mehrheitssozialisten beantragten, den Artikel 133 der Reichsverfassung über den Fall der Vermögensauseinandersetzung in der Weise zur Anwendung des Rechtsweges unter angemessener Entschädigung vorgenommen werde. Von sozialdemokratischer Seite wurde ferner gewünscht, daß die Regierung eine Darstellung des Verfahrens gegen den ehemaligen König von Hannover gebe. Von den anderen Parteien wurde darauf hingewiesen, daß eine Analogie zwischen Hannover und dem gegenwärtigen Fall überhaupt nicht vorliege. Auf eine Frage, wie groß der Privatbesitz der Hohenzollern wäre, wurde von Regierungsseite erwidert, daß er schätzungsweise 250 bis 300 Millionen Mk. betrage. Von dem Reichsnationalrat wurde ausgeführt, es komme lediglich darauf an, was den Hohenzollern privatrechtlich gebührt. Von mehrheitssozialistischer Seite wurde gesagt, die Schätzungen des Finanzministeriums seien viel zu niedrig. Der Finanzminister erklärte, daß seine Schätzungen sich nur auf Grundstücke bezögen.

Bolschewisten auf deutschem Boden.

Wie das Organ der Unabhängigen in Danzig „Das freie Volk“ mitteilt, sind die auf dem Danziger Bahnhofs von dem Danziger Pöbel aus polnische Kriegsgefangene befreit 66 Bolschewisten nach Elbing gelangt und befinden sich somit auf deutschem Boden. Da ein Abkommen zwischen Deutschland und Sowjetrußland über die Auslieferung von Kriegsgefangenen besteht, hofft das Blatt, daß die befreiten Bolschewisten bald in ihre Heimat zurückkehren können.

Kleine Meldungen.

Berlin. Einer Meldung der „Kreuzzeitung“ zufolge, hat das Kabinett beschlossen, die Reichspräsidentenwahl erst nach der Abstimmung in Oberschlesien stattfinden zu lassen.

Berlin. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Reichstag voraussichtlich vom 28. Juli bis zum 6. August wieder versammelt sein. Vor der Vertagung bis Mitte September würden noch die wichtigsten Gesetze verabschiedet und die Beschlüsse der Konferenz von Spa besprochen werden.

Berlin. Aus den endgültigen Abstimmungsergebnissen in Ost- und Westpreußen ergibt sich, daß viele Polen für Deutschland gestimmt haben. Es ist festgestellt worden, daß etwa 30 Prozent aller in Ost- und Westpreußen ansässigen Polen für Deutschland ihre Stimmzettel in die Urne geworfen haben.

Berlin. Am 14. Juli werden sämtliche Oberbürgermeister und Leiter der Sicherheitspolizei beim Minister Severing zu einer Versprechung über die Umformung der Sicherheitswehr zusammengetreten.

Dresden. Hier kam es in der Markthalle infolge der hohen Kartoffelpreise zu Ausschreitungen der Käufer, so daß die Halle geschlossen werden mußte.

München. Die Regierungsabteilung in Bayern ist erfolgt. Die alte Regierung bleibt. Neu befehligt wird nur das Justizministerium, das die Demokratische Partei an die beiden Rechtsparteien abgibt. Das Zentrum hat in der Regierung die politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht.

Kopenhagen. Professor Frithjof Nansen ist in Moskau angekommen und hat die Verhandlungen über die Heimsendung der deutschen und österreichischen Gefangenen begonnen. Der Stand der Angelegenheit läßt erhoffen, daß die Gefangenen bald in die Heimat zurückkehren werden.

Konstantinopel. Die türkische Polizei verhaftete die Schwester Enver Paschas, die sich auf die, ihren Gatten Kasim Bey zu besuchen, der sich im Kaukasus aufhält. Die Polizei beschlagnahmte bei ihr drei Kisten mit zahlreichen Juwelen, Gold und Silber, die einen bedeutenden Wert darstellen.

In Spa ist der Großpatriarch von Armenien eingetroffen.

In dem Plan für die Wiedergutmachung weist die deutsche Regierung darauf hin, daß nach ihrer Berechnung die bis 1. Mai 1921 zu zahlenden 20 Milliarden in Gold nicht nur schon jetzt geleistet sind, sondern daß bereits ein erheblich höherer Betrag gezahlt ist. Unterlagen ständen zur Verfügung.

Ueber den Einzug des dänischen Königs in Nordschleswig wird berichtet: Der König ritt an der Spitze eines großen Gefolges auf einem weißen Pferde über die alte Grenze, gefolgt von einer ungeheuren Menschenmenge. An den König wurden überall Begrüßungsansprachen gehalten.

Vermischtes.

Berlin, 10. Juli. Die Interessentengemeinschaft der Telephonnehmer, Bezirksgruppe Köln, hielt Freitagabend eine Versammlung ab, die Rechtsanwalt Gräffler leitete. Dieser führte aus, daß die Telephonnehmer vor den ungerechtfertigten Forderungen der Regierung Schutz bei den Interessentengemeinschaft fänden, welche bereits einschließlich aller Ortsgruppen und Provinzverbände etwa 400 000 Mitglieder im Reiche aufweise. Die Bewegung nahm gewaltige Formen an. Die von den Telephoninhabern geforderte 100prozentige Gebührenerhöhung und die 1000 Mark Zwangsanleihe für jeden Telephonanschluß und 2000 Mark für jeden Nebenanschluß seien für den Mittelstand unerträglich. Die Regierung müsse andere Mittel und Wege finden, das Fernsprechnetz auszubauen als durch Anhebung der Verkehrsbeiträge. Es könne keineswegs dem deutschen Volke zugemutet werden, daß von 400 gewählten Abgeordneten 75 über die Köpfe der anderen hinweg solche schwerwiegenden Gesetze schaffen.

Nach einer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Interessentengemeinschaft der Telephonnehmer fordert zunächst eine vollständige Befreiung der Zwangsanleihe und sodann eine Verringerung der am 1. Juli in Kraft tretenden Gebührenerhöhung und erwartet von der Regierung ein Zusammenarbeiten mit ihr. Die Interessentengemeinschaft wird gern bereit sein, der Reichsregierung mit Vorschlägen zu dienen, und ihre Erfahrung zur Verfügung zu stellen. Sollte dem Verlangen nicht Rechnung getragen werden, so wird am 1. Oktober 1920 eine gescheiterte Kündigung aller in der Interessentengemeinschaft der Telephonnehmer vereinigten Fernsprechanlagen erklärt.

Der Bademeister als Millionär. Bei der ersten Ziehung der Sparprämienanleihe hat der Ober-Bademeister beim Bad Riffinger Postamt, Philipp Hümmeler aus Rüdlingen, eine Million Mark gewonnen.

Ephemer die Rheinischen Verfallener Freistungen des be- ginst des Welt- anlagen Geme- standen ausdeh- hengeraben. Ba- nach dem Einri- wurden, wobei der Gegenstand und dergl. mit- ant der Kri- ten übernomme- bei tätig. Die- wendung bei I-

Ein, laut Meldung, die Entscheidung, führung erlosch, führung in der- durch den fran- Volksschulen ob- erhalten wird, daß alle währ- genstand von- fällig sind.

Saarländ- gen Metallindu- gesehen. Nach- wurde die Ar- wurden die A- durch Streikho- hat, die Arbeit- stellen.

Saarländ- stadt veröffentl- Präsidenten de- Das Ge- eine Frau 30- Steuern bewa- Tochter des H- Herd an und- Flammen auf- den Svott.

Folgen- burg ist erlos- unter Wasser.

10 000- pest wurde in- richtet wird, e- wucht von 101- tier fand reale- dapester Hotel- 10 000 Kronen- Gewicht eines- Cuxen,

Mädchen, mu- Raperberg besch- ist und deshal- wie hier, das-

Bonn, 1- und Maurer-A- nohnungen für- Angebot für ein- das höchste An- vier Gebäuden- das höchste An-

Nach Zeitun- am Nachmitta-

Aus Hann- junger Mann- Feldmarschalls- ab. Die Kugel- leider entkomm-

Aus-

* Das Ha- denen Zweifel- von Leben- Wein und B- im kleinen G-

Nr. 57- Umfl-

zur Abmü-

Kraft der- 15. Septembe-

Art. 1.- bezügl. aller- findet ihre R-

Ergänzend- Distriktsdeput- Die Distr-

mit dem Geset- sind meiner F-

Die Geme- mit dem Geset- Distriktsveror- spruches beim- deputationen

Art. 2.- ergangenen F- einem bis z- 200 Franken

Die Unte- zuständig un- Strafe herab-

Die Stra- 1. Wenn Rük- vom Tage- teiles;

2. Wenn die- Der erste- buches findet- vorliegenden

Landesversammlung... und dem preussischen... wurde beantragt... durch... gefassten Beschlusses... die Mehrheit... der Reichsverfassung... in... dass die dort... unter... Von sozialdemokratischer... dass die Regierung... den ehemaligen... anderen... eine Analogie... Fall... der Privatbesitz... erwerbslose... Millionen... wurde ausgeführt... Hohenzollern... staatsrechtlicher... Finanzministeriums... erklarte, dass... bezogen.

Boden. in Danzig... Das... Bahnhofs... Kriegsgefangenen... gelangt und... Da ein Abkommen... über die... hofft, dass... bald in ihre Heimat...

Kreiszeitung... zu... Reichspräsident... in Ober...

schischen Kreisen... ver... vom 28. Juli... sein. Vor... der... noch die... schlüsse der Kon...

Abstimmungsergebnis... dass viele... Es ist festgestellt... in... und... land ihre Stimm...

famliche Oberbür... lizei beim Minister... der die Umformung...

Marktthalle infolge... ungen der Käufer... kufe.

in Bayern ist... en besteht... nur... tratische Partei... Zentrum hat... lliche und kulturelle...

ithiof... hat die Verhandlungen... und... and der Angelegen... bald in die Heimat...

ische Polizei verhas... sich... ihren... im Kaufhaus... drei... mit... er, die einen... bedeu...

riarch von... gutmachung weist die... nach... der... Milliarden in Gold... idern dass bereits ein... Unterlagen standen...

en Königs in Nord... nung ritt an der Spitze... schen Pferde über die... uren Menschenmenge... Begrüßungsansprachen...

ngemeinschaft der... n, hielt Freitag... Rechtsanwalt... Gräffler... telephonische Teilnehmer... vor... Regierung... Schutz... welche bereits ein... Protestvereine etwa... eise. Die Bewegung... in den Telephonh... enerhöhung und die... Telephonanschluss... eiten für den Mittel... müße andere Mittel... auszubauen als durch... Es könne keine... werden, dass... er die Köpfe der an... Gesetze schaffen.

ne Entscheidung an... Die Interessengemein... zunächst eine voll... iche und sodann eine... getretenen Gebühren... erung ein Zusammen... einenschaft... wirt gen... Vorschlägen zu die... ung zu stellen. Sollte... ung werden, so wird... die Abmildung aller in... onteilnehmer vereinig...

onär. Bei der ersten... der Ober-Badm... pp... m... er aus... men.

Speyer, 11. Juli. Die letzte Festung der Pfalz, die Rheinfestung Germersheim, fällt jetzt auch dem Versailler Friedensvertrag zum Opfer, laut dem die Festungen des besetzten Gebietes zu schleifen sind. Zu Beginn des Weltkrieges wurden die ständigen Befestigungsanlagen Germersheims verstärkt und erweitert; es entstanden ausgedehnte Feldanlagen, Betonunterstände, Schützengräben, Batteriestände usw., die zum Teil schon bald nach dem Einrücken der Franzosen 1918 und 1919 zerstört wurden, wobei die die Anlagen entfernenden Bewohner der Gegend sich vielfach das Baumaterial, Stacheldraht und dergl. mitnehmen durften. Jetzt hat das Stadtbauamt der Kreisbauhauptstadt Speyer die Niederlegungsarbeiten übernommen, mehrere hundert Arbeitslose sind hierbei tätig. Die freiverwendenden Steine usw. werden Verwendung bei Notwohnstätten und dergl. finden.

S. 10 n., 3. Juli. Die Rheinlandkommission hat laut Meldung der „Süd. Anz.“ aus Ludwigshafen, über die Erteilung von französischem Sprachunterricht eine Verfügung erlassen, wonach gegenwärtig kein Beschluß oder Befehl in der französischen Besetzungszone in Kraft ist, durch den französischer Sprachunterricht in den deutschen Volksschulen oder in Mittelschulen eingeführt oder aufrecht erhalten wird; gleichzeitig gibt die Verfügung bekannt, daß alle während des Waffenstillstandes über diesen Gegenstand von den Militärbehörden erlassenen Befehle hinfällig sind.

Saarbrücken, 12. Juli. Der Streik der hiesigen Metallindustrie wird im allgemeinen als beendet angesehen. Auch in Neunkirchen, Homburg und Dillingen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In Dillingen wurden die Arbeitswilligen an der Aufnahme der Arbeit durch Streikposten verhindert. Es wird mancherorts beabsichtigt, die Arbeitswilligen unter besonderer Polizeischutz zu stellen.

Saarbrücken, 13. Juli. Das Regierungsamt istat veröffentlicht die Ernennung Prof. Nipold zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes des Saargebietes. Das Geld im Brautofen. In dem Dorfe A. hatte eine Frau 30 000 Mark, die sie jedenfalls vor den bösen Geiern bewahren wollte, in den Brautofen versteckt. Die Tochter des Hauses, die davon nichts wußte, zündete den Herd an und das schöne Papiergeld ging in Rauch und Flammen auf. Zum Schaden hat die Familie nun noch den Sott.

Folgen des Streiks. Gr. b. Golya bei Magdeburg ist erloschen. Die Pumpstation steht auch teilweise unter Wasser.

10 000 Kronen für einen Secht. Bei Budapest wurde in der Donau, wie im „St. Hubertus“ berichtet wird, ein Secht gefangen, der das fabelhafte Gewicht von 101 Kilogramm aufwies. Das seltene Meeres tier fand reger Nachfrage und wurde schließlich von einem Budapest Hotel für den gleichfalls fabelhaften Preis von 10 000 Kronen erstanden. Das höchste bisher bekannte Gewicht eines Sechtes betrug 46 Kilogramm.

Cupen, 12. Juli. Drillinge, zwei Knaben und ein Mädchen, wurden am Samstag einem Ehepaar auf dem Raperberg beschert. Das ist ein Fall, der nicht allzu häufig ist und deshalb verzeichnet zu werden verdient, zumal wenn wie hier, das Kleebättchen sich muntern Lebens erfreut.

Bonn, 10. Juli. Bei der Verdingung der Erd- und Maurer-Arbeiten für die Errichtung von Offizierswohnungen für die Besatzung in Bonn betrug das niedrigste Angebot für eine Gruppe von drei Gebäuden 200 197,08 M., das höchste Angebot 625 937,34 M. Für eine Gruppe von vier Gebäuden lautete das niedrigste Angebotsauf 613 786,50 M., das höchste Angebot auf 1 092 893 M.

(Kaiserin Eugenie †.) Nach Zeitungsmeldungen ist die Kaiserin Wwe. Engenie am Nachmittag des 11. Juli in Spanien verstorben.

(Ein Attentat auf Sindenburg.) Aus Hannover vom 13. meldet W.B.: Ein 20jähriger junger Mann drang gestern abend in die Wohnung des Feldmarschalls und schloß einen Browning auf den Feldmarschall ab. Die Kugel ging glücklicherweise fehl. Der Täter ist leider entkommen.

Aus dem Kreise Malmédy.

* St. Vith, 16. Juli.

* Das Hauptzollamt Nachen weist um laut gewordenen Zweifel zu begegnen, darauf hin, daß die Einfuhr von Lebensmitteln aller Art, Zigarren, Zigaretten, Wein und Branntwein ohne besondere Einfuhrbewilligung im kleinen Grenzverkehr nur für den persönlichen Bedarf...

Nr. 57.

Amfliche Bekanntmachungen.

De k r e t

zur Abänderung der gesetzlichen Verkehrs Polizei-Bestimmungen.

Kraft der Vollmacht, die uns durch das Gesetz vom 15. September 1919 übertragen, verordnen wir Folgendes:

Art. 1. Die allgemeine Verkehrs Polizei-Verordnung bezügl. aller Fahrzeuge, aller Zug-, Last- und Reittiere findet ihre Regelung durch mich.

Organische Bestimmungen können sowohl durch die Distriktsdeputationen als auch durch die Gemeinde erfolgen. Die Distriktsverordnungen dürfen nicht in Widerspruch mit dem Gesetz und den allgemeinen Verordnungen entstehen; sie sind meiner Zustimmung unterworfen.

Die Gemeindeverordnungen dürfen nicht in Widerspruch mit dem Gesetz, den allgemeinen Verordnungen und den Distriktsverordnungen stehen; sie sind unbeschadet des Einspruchs beim Gouverneur, der Zustimmung der Distriktsdeputationen unterworfen.

Art. 2. Die Uebertretungen der infolge dieses Dekretes ergangenen Bestimmungen werden mit Gefängnis von einem bis zu 8 Tagen und mit Geldstrafen von 5 bis 200 Franken geahndet, oder mit einer dieser Strafen allein. Die Amtsgerichte sind in Sachen dieser Uebertretungen zuständig und können, bei mildernden Umständen, die Strafe herabsetzen, jedoch nicht unter einen Franken.

Die Strafe wird verdoppelt:

- 1. Wenn Rückfall innerhalb eines Jahres vorliegt, gerechnet vom Tage des früheren, Gesetzeskraft gewonnenen Urteiles;
2. Wenn die Uebertretung zur Nachtzeit erfolgt ist.
Der erste Abschnitt des § 43 des belgischen Strafgesetzbuches findet keine Anwendung auf die Uebertretungen des vorliegenden Artikels.

der Grenzbewohner, das heißt der Bewohner eines schmalen Streifens längs der Grenzlinie mit Ausschluß der Stadt Nachen, von den Grenzzollämtern in kleinen Mengen zugelassen werden darf.
* 100 belg. Frs. kosteten an der Kölner Börse am 15. Juli Mk. 342,00—344,50, am 14. Juli Mk. 343,50—344,50.

Schönheit.



Dada Seife die beste gegen Sommersprossen zur Erhaltung eines frischen Teints. Stück fr. 2,-
Dada Crème empfehlbar geg. aufgesprungene Haut, macht sie geschmeidig. Dose Frs. 3,-
Dada Puder äusserst haltbar macht die Haut weiss und sammetweich. Probetdose Fr. 1,25 Dose „ 3,-

In jedem guten Geschäft erhältlich.

Bin vom 15. Juli bis 15. August verreist.

Wilhelmina te Kamp, Dentistin, Imgenbroich.

GRAB-DENKMÄLER

in einfacher bis feinsten Ausführung, Türschweller, Trittschwellen, Tür- und Fenstergewinde sowie alle Steinmetz-Arbeiten empfehlen wir zu mässigen Preisen (auch in Mark).

Spezialität: Kriegergedenktafeln.

Radermacher & Schiffer, St. Vith, an der Pfarrkirche.

Zigarren u. Zigaretten!

Raucher (Feinschmecker) erkennen an, dass die Fabrikate der Fa. José Tinchant y Gonzales & Cie., Antwerpen die besten und billigsten sind.

Ich empfehle in

ZIGARREN

Quo vadis, Utinam, Veni-vidi-vici u. Joffina, in ZIGARETTEN

Priam u. Quinlivan.

Generalvertreter:

Josef Fink, Malmédy,

Neubrückplatz 90. Fernspr. 57.

Verkaufsstellen in St. Vith:

Geschw. Hub. Margraff, Bahnhofrestaurant, Wilh. Rom.

Atelier Feist, St. Vith

(Inh. Caspar Brab)

empfiehlt sich zur Anfertigung von Photographien

Photographien

in allen Ausführungen.

Vergrosserungen

nach jedem Bilde in Kreide und Oel!

Aufnahmen auch ausserhalb des Ateliers.

Für Vereine, Schüler und andere Gruppenaufnahmen besondere Preismässigung.

Das Atelier ist jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Mittwoch von 11—5 Uhr geöffnet.

(Es wird auch deutsches Geld in Zahlung genommen.)

Malmédy-St. Vith Volkszeitung.

Samstag, den 17. Juli 1920.

Waderwagen mit Leitern und Kasten zu verkaufen. Auskunft in der Geschäftsstelle d. Bl.

Grabdenkmäler und andere Steinmetzarbeiten liefert zu billigen Preisen Wilhelm Dujardin, Steinhauerei, Montjoie, Bahnhof.

Lebkuchenfabrik u. Feinbäckerei G. Schmets, gegenüber der Station, 169.

Vielsalm. Prima Lebkuchen, Schokolade bester Marken, Zuckerwaren usw. Grosser Rabatt für Wiederverkäufer. Man spricht deutsch.

Klinik St. Joseph zu Trois-Ponts Chirurgische Anstalt unter Leitung der Schwestern des hl. Joseph für Operationen jeder Art. — Verpflegung durch Spezialärzte. Näh. Ansk. erteilt Dr. J. Classe, Arzt zu Trois-Ponts.

A. LELOUP DENTIST MALMEDY Steinbachstr., Telefon Nr. 56

Wegen Anschaffung eines Walzenstuhles verkaufe ich ein paar künstliche und ein paar franz. Mühlsteine. Franz Hoffmann, Dürlemühle.

Zwei Zentner Ia. Speisekartoffeln abzugeben. Auskunft in der Geschäftsstelle d. Bl.

1 Kinderforbm Gestell, 1 Dauerbrenner, 9 Stühner, 2 Waldbreerkämme und ein eingefäster Garten zu verkaufen. Preis, Bleiche Nr. 1.

1 Waderwagen und eine lange Karre zu verkaufen. Mit. Andres, Mirfeld.

Ein alleinstehender braver katholischer Mann von 40 Jahren findet passende Dauerstellung für Viehzucht u. Weidbearbeit. Gute Pflege, Lohn nach Ueberertrakt. Kloster St. Franziskus, Jorze-Baelen bei Dolhain.

Dienstmädchen, welches alle Hausarbeiten versteht, gesucht. Wwe. Schmitz-Rept, Ufflingen.

Die erkannte Person, welche am 13. d. M., abends 7 Uhr, das Portemonnaie mit Inhalt abschlichlich oder aus Versehen im Laden der Fa. Ph. A. Baur, St. Vith vom Ladentisch weggenommen hat, wird hierdurch gebeten, dasselbe in das betr. Geschäft zurückzubringen oder per Post einzusenden, wibrigenfalls Anzeige erfolgt.

Institut des Saints Anges von Ursulinen geleitetes Töchterpensionat Verviers, rue haute. Elementar-, Mittel- und Höhere Schule. — Staatlicher Lehrplan. — Neuere Sprachen, Musik, Zeichnen, Malen usw. — Gesunde Lage. — Nähere Auskunft erteilt Die Vorstheria.

2 starke Arbeitspferde (Wallache) 4 und 5jährig zu verkaufen. Fritz Matter, Malmédy.

Acht 7 Wochen alte Ferkel zu verkaufen. Breitfeld, Haus Nr. 18.

5 Buchenstämme geschlagen, Durchmesser 50 cm, teils Nugholz zu verkaufen. Zollhaus Madingen.

Eine fast neue Schuster-Nähmaschine, 1914 gekauft u. wegen Geeresdienst nicht im Gebrauch gewesen, steht preiswert zu verkaufen. Wilhelm Hoffmann, Dudler.

und Kosten verantwortlich sind, sindes in gleicher Weise auch für die Geldbuße. Der Gatte haftet für die seitens seiner Ehefrau begangenen Uebertretungen, der Vormund für solche, die von seinen nicht verheirateten und bei ihm wohnenden Mündel begangen werden.

Art. 7. Das öffentliche Verfahren infolge Uebertretung des Gesetzes und der Verordnung bezgl. der Verkehrs Polizei ist verjährt nach einem Jahre, gerechnet vom Tage der Uebertretung. Das Zivilverfahren ist nach 3 Jahren verjährt, gleichfalls gerechnet vom Tage der Uebertretung.

Art. 8. Die nachgenannten deutschen Gesetze und Verordnungen, soweit sie Anwendung auf die Verkehrs Polizei finden, sind hiermit abgeklärt.

- 1. Verordnung vom 17. März 1839, den Verkehr auf den Kunststrassen betreffend (G. S. S. 80).
2. Gesetz vom 20. Juni 1887 (G. S. S. 301).
3. Verfügung des Landeshauptmanns vom 15. Dez. 1887.
4. Beschluß des Provinzialrats vom 31. Mai 1889.
5. Zusätzliche Vorschriften zum Tarif zur Erhebung des Chauffeegelbes vom 29. Februar 1840.
6. Verfügung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 22. November 1843.
7. Gesetz über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850. (G. S. S. 265).
8. Feld- und Forst-Polizeigesetz vom 1. April 1880 (G. S. S. 230).
9. Strafgesetzbuch vom 15. Mai 1871.
10. Polizeiverordnung vom 1. September 1906.
11. Ministerial-Erlaß vom 28. Juni 1905.
12. Reichsgesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen (R. G. Bl. 437) u. Bekanntmachung vom 21. Juni 1913 (R. G. Bl. S. 326).
13. Bundesrats-Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910 (R. G. Bl. S. 389).
14. Polizeiverordnung vom 7. Februar betreffend den Verkehr mit Straßenlokomotiven und Zugmaschinen.

Gutsinventarverkauf.

Verziehungshalber läßt Herr F. Stürz auf Gut Ebid bei St. Vith durch den Unterzeichneten
am Dienstag, den 20. Juli cr.,
 vormittags 10 Uhr,

öffentlich meistbietend auf Kredit verkaufen:

7 Pferde, darunter:
 2 Deckhengste (Füchse 5jähr. zuverlässig und gut arbeitend in jedem Geschirr), 1 hochtragende Fuchsstute 5jähr., 1 Roschimmeltute 6jähr. mit Stutfohlen, 1 9jähr. trag. Stute (alle belg. Abstammung), 1 Wagenpferd 5jähr., 1 1jähr. Hengstfohlen (Fuchs).

Mehrere Kühe und Rinder, 2 fette Ochsen sowie ein angeführter Zuchtkühe, mehrere Schafe u. Schweine.

Ferner: 3 Entenwagen, 1 Kastenwagen, 1 Verdeckwagen, 2 Schlagkarren, 1 Luxuswagen mit Verdeck, 1 Dogcart, 1 Luxusfahrrad, Nähmaschine, Kartoffelauflös- und Hebmäschine, Säemäschine, Handfäemaschine, mehrere Eggen, Pflüge, Cultivateur, 1 Stüttdreschmaschine m. Reinigung, Futterdämpfer, Sacktarre, Dezimalwaage, Feldschmiede, Amboß, Schraubstock, Ketten, Koppeln, Ernteseile (ganz neu), 1 gr. Partie Pferdegeschirre, 1 silberplattiertes zweispänniges Wageneschirr, 1 einsp. Wageneschirr, 1 Vorführungs geschirr.

Hausgeräte: 1 Küchenherd, Schränke, Betten, Bettzeuge u. dergl. mehr sowie 3 neue Fahrräder.
 Bezahlung kann in Fes- oder Mark-Währung erfolgen.
 St. Vith, den 8. Juli 1920.

Kreilmann.
 Fernsprecher Nr. 35.

Mobilarversteigerung.

Am Samstag, den 24. Juli cr.,
 vormittags 9 Uhr anfangend,

läßt Herr Mit. Kringels, hier, Beamtenwohnungen, Bleiche, verziehungshalber folgende Gegenstände meistbietend gegen Kredit versteigern:

eine Schlafzimmerr-, eine Wohnzimmerr- sowie eine Kücheneinrichtung, einen Kinder-sportwagen, einen Kinderstuhl und einen Leiterwagen sowie Mobilien aller Art.

St. Vith, den 14. Juli 1920.

Kreilmann.

Jagdverpachtung zu Lengeler.

Am Dienstag, den 27. Juli cr.,
 nachmittags 1 1/2 Uhr,

wird der unterzeichnete Notar zu Lengeler in der Wirtschaft Klöng

die beiden in den Gemeinden Neuland u. Thommen gelegenen, ca. 310 bzw. 120 Hektar großen Eigenjagden des Eschweiler Bergwerks-Vereins

öffentlich auf drei Jahre verpachten. Die Jagden, fast ausschließlich Wald, enthalten Rotwild, einen vorzüglichen Rehbestand, Fasanen, Hasen etc., Schwarzwild kommt als Wechselwild vor.

Die Jagden sind von den Stationen Dübler u. Lengeler (Strecke St. Vith—Ufingen) in einigen Minuten zu erreichen.

Die Bedingungen liegen bei dem Förster Theis in Espeler sowie bei dem unterzeichneten Notar zur Einsicht offen.
 St. Vith, den 15. Juli 1920.

Der Notar: Dominick.

15. Verordnung vom 31. August 1864 (Amtsbl. S. 197).
16. Bezirks-Polizeiverordnung vom 20. November 1873 (Amtsbl. S. 236).
17. Bezirks-Polizeiverordnung vom 9. Oktober 1886 (Amtsbl. S. 203).
18. Bezirks-Polizeiverordnung vom 18. November 1876 (Amtsbl. S. 323).
19. Bezirks-Polizeiverordnung vom 14. Dezember 1876 (Amtsbl. S. 343).
20. Polizeiverordnung vom 23. März 1888 (Amtsbl. S. 75).
21. " " 30. Mai 1894 (" S. 231).
22. " " 10. Sept. 1901 (" S. 256).
23. " " 11. Nov. 1901 (" S. 312).
24. " " 18. Mai 1905 (" S. 133).
25. Alle verordnungsmäßigen und zur Zeit in Kraft seienden Bestimmungen bezgl. der Straßenverkehrs-polizei.

Uebergangsbestimmung.

Art. 9. Vorliegendes Dekret und die Verfügung des Gouverneurs, die allgemeine Verordnung über Straßen- und Verkehrspolizei betreffend, treten in Kraft einen Monat nach ihrer Veröffentlichung.

Malmédy, den 1. Juli 1920.

Der Königliche Hohe Kommissar,
 Gouverneur von Cuxen-Malmédy,
 gez.: Baltia.

Verordnung.

Auf Grund des Gesetzes vom 15. September 1919 über die Einrichtung der Statthaltertschaft in den mit Belgien vereinigten Gebieten, verordnet der Hohe Kommissar, Statthalter der genannten Gebiete, was folgt:

Art. 1. Von dem Zeitpunkte an, wo der Bälterbund über die unwiderrufliche Vereinigung der Distrikte Cuxen und Malmédy und ihrer Belgien zugeteilten Grenzgebiete seine Entscheidung gefällt haben wird, wird in allen diesen Gebieten das Tragen fremder Uniformen verboten sein.

Bekanntmachung.

Der für Samstag, den 24. Juli d. J. angeetzte Holzverkauf im Forst Lanzerath am Honsfelderweg über ca. 200 fm 60jährige Fichten findet vorläufig nicht statt.

Manderfeld, den 12. Juli 1920.

Der Bürgermeister v. Schwarzenberg.

Haferversteigerung.

Am Donnerstag, den 22. Juli 1920,
 nachmittags 1 Uhr,

läßt Herr Friedrich Holper hier,

etwa 5 Morgen Hafer (Salmerbach) u. etwa 3 1/2 Morgen Hafer im Heistert gegen Zahlungsausstand versteigern.

Treffpunkt Wirtschaft Schröder bzw. an Ort und Stelle.
St. Vith. Kreilmann.

Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

An Stelle des Herrn Bürgermeister-Sekretärs Maraitte ist Herr Stellmacher Josef Maraitte zu Manderfeld zum Geschäftsführer für den Bezirk der Bürgermeistereien Manderfeld und Schönberg ernannt worden.

Düsseldorf, im Juli 1920.

Generaldirektion der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

Bezugnehmend auf Vorstehendes empfehle ich mich zur Aufnahme von Versicherungsanträgen für die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz und erkläre mich zur Erteilung jeder gewünschten Auskunft stets gerne bereit.

Manderfeld, im Juli 1920.

Josef Maraitte.

Emil Deby,

Maler- u. Anstreichermeister, Malmédy,

Bahnhofstraße, gegenüber Hotel Central,

empfehle alle Artikel der Maler- u. Anstreicherbranche; reines Bleiweiß, getrocknetes Leinöl, franz. Terpentinöl, Siccativ, sämtliche Lacke, Firnisse, Emaillelack, Benzin, Salmiakgeist, alle Farben in Pulver und streichfertige Delfarben, Fahrradlacke, Gold- und Silberbronce, Leim, Stofffarben, Kreide und Mastique. — Weißquasten und Pinsel. Tapeten u. Buntglaspapier in großer Auswahl.

Alle vorgenannten Artikel sind für Wiederverkäufer engros greifbar.

Fachmännische Bedienung u. reelle Preise.

Ia. engl.

Luftschläuche

pro Stück Fr. 10,00.

J. H. Heinen, St. Vith.

Die alten deutschen Uniformstücke, die noch von Privatpersonen benutzt werden, werden gefärbt sein müssen. Die zu dieser Uniform gehörigen Mützen werden überhaupt nicht mehr getragen werden dürfen.

Art. 2. Die Beamten der Staats- und Gemeindeverwaltung sind gehalten, die Anschaffung ihrer neuen Uniformen vorzubereiten.

Die Gemeindebeamten erhalten das Muster ihrer neuen Uniformen durch Vermittlung ihres Bürgermeisters und ihres Distriktskommissars. Die Staatsbeamten erhalten diese Uniformmuster durch Vermittlung des ihnen übergeordneten Departementschefs meiner Regierung.

Die Distriktskommissare und Departementschefs sind ermächtigt, bis zur Lieferung der neuen Uniformstücke, höchstens für einen Monat, eine besondere Tracht vorzuschreiben.

Art. 3. Wer öffentlich eine durch die vorstehenden Artikel verbotene Uniform oder Teile derselben trägt, wird mit einer Geldstrafe von 3 Franken bis zu 150 Franken und mit Haft bis zu 6 Wochen oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die Uniform oder die Uniformteile sind einzuziehen. Art. 4. Die Amtsgerichte sind zur Aburteilung dieser Straftaten in erster Instanz zuständig.

Art. 5. Die Strafbestimmungen dieser Verordnung treten in Kraft, sobald das Datum der oben erwähnten Entscheidung des Bälterbundes auf meinen Befehl öffentlich bekannt gemacht sein wird.

Malmédy, den 6. Juli 1920.

Der Königliche Hohe Kommissar, Gouverneur,
 gez.: Baltia.

Beschluß.

Kraft des Gesetzes vom 15. September 1919, die Regierung der mit Belgien vereinigten Gebiete betreffend; kraft des Gesetzes über Fischerei vom 11. Mai 1916 und der Verfügung vom 29. März 1917; kraft der Vorschrift über Fischereierlaubnisscheine vom

Lichtspiele St. Vith

in der städt. Turnhalle.

Prachtspielplan
 für Sonntag, den 18. Juli 1920.

Der letzte Hohenhaus.

Neuerst spannendes Drama in 5 Akten,
 in der Hauptrolle Margareta Neff.

Die Musternprinzessin.

Niesen-Lustspiel in 4 Akten.

Lachen ohne Ende. — Keiner darf am Sonntag fehlen.

Beginn 5 Uhr nachm. und 8 Uhr abends.

Einlaß 1/2 Stunde vorher.

Die Direktion.

Für die Kreise Cuxen und Malmédy werden
tüchtige Vertreter

für den Großverkauf von Zigarren, Zigaretten, Spirituosen, Weine usw. gesucht.

Günstigster Verdienst. — Höchste Provision.

Bewerbungen unter S. Z. N. 525 an die Exped. d. Bl.

Pensionat vom Hl. Herzen in Vielsalm,
 unter Leitung der Schwestern von der Göttlichen Vorsehung.

UNTERRICHT

in den

Elementar-, mittleren und höheren Fächern,
 Näh- u. Zuschneidekursus, Haushaltungskursus,
 Buchführungs-, Rechen- u. Stenographiekursus,
 Handarbeitskursus.

Schülerinnen, welche nicht französisch sprechen, haben Gelegenheit, die franz. Sprache zu erlernen.
 Pensionspreis 750 Francs.

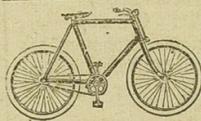
Räder

von Militärmotoren

Räder

selbsthergestellte,

liefert in jeder gewünschten Ausführung kurzfristig
J. H. Heinen, St. Vith.



Herren-Fahrräder

„Marke Opel“

mit bester französischer Bereifung 400 Frs.

Französische Fahrraddecken 30 frs.

Größe 28x1 1/2.

Beste rote Fahrradschläuche 14 frs.

Deutsches Geld wird auch in Zahlung angenommen.

Kremer, Fahrradhandlung,
 Ufingen (Luxemburg).

16. März 1917 beschließt der Königliche Hohe Kommissar Gouverneur, wie folgt:

Art. I. Der Preis für Fischereierlaubnisscheine, die durch die Distriktskommissare ausgehändigt werden, ist auf 10 Franken festgesetzt.

Art. II. Der Schein ist bis zum 31. Dezember des Jahres, für welches er ausgestellt worden ist, gültig; außer wenn Gründe zur Entziehung vorliegen.

Art. III. Die anderen Bestimmungen der Gesetze und Verfügungen über Fischerei erfahren keine Abänderung.

Art. IV. Vorliegender Beschluß tritt sofort in Kraft.
 Malmédy, den 15. Juli 1920.

(gez.) Baltia, Generalleutnant.

Bekanntmachung.

In meiner Proklamation vom 11. Januar 1920 ist gesagt, daß an diesem selben Tage die sechs Monate, welche durch den Art. 34 des Versailler Friedensvertrages für die Volksbefragung festgesetzt sind, zu laufen begonnen hätten.

Inzwischen sind die Bedingungen, unter denen gegen die Einverleibung in Belgien protestiert werden darf, erst am 23. Januar 1920 veröffentlicht worden.

Deshalb bestimme ich, daß die Protestregister bis zum 23. Juli 1920 offen gehalten werden müssen.

Malmédy, den 6. Juli 1920.

Der Königliche Hohe Kommissar, Statthalter,
 (gez.) Baltia, Generalleutnant.

Bekanntmachung.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß Herr Nadermecker, angestellter Tierarzt in Welfenrath mit den Funktionen eines Kreisierarztes für Cuxen und eines stellvertretenden Veterinär-Inspektors für die Kreise Cuxen und Malmédy beauftragt worden ist.

Malmédy, den 9. Juli 1920.

Der Königliche Hohe Kommissar, Gouverneur,
 gez.: Baltia.